

Resolution

Kommunale Handlungsfähigkeit sichern: Gewerbsteuer verbreitern – kommunale Haushalte entlasten!

Der Deutsche Städtetag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund erwarten von der Gemeindefinanzkommission konkrete Vorschläge zur Entlastung der Kommunen und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums. In diesem Sinne haben die Präsidien beider Verbände in ihren Sitzungen am 15. Juni 2010 in Heidelberg und Mainz folgende Resolution verabschiedet:

1. Die deutschen Städte und Gemeinden halten an der Gewerbesteuer fest und bekräftigen ihre Forderung, die Gewerbesteuer durch eine Einbeziehung der freien Berufe in den Kreis der Steuerpflichtigen und eine Verbreiterung der steuerlichen Bemessungsgrundlage zu stabilisieren.
2. Das von der Bundesregierung als Alternative zur Gewerbesteuer ins Gespräch gebrachte sogenannte FDP-Modell entspricht nicht den Anforderungen der Städte und Gemeinden an eine Reform des Gemeindesteuersystems.
3. Das Problem der strukturellen Unterfinanzierung der Kommunen, das sich in einem zu erwartenden kommunalen Finanzierungsdefizit von jeweils rd. -15 Milliarden Euro in den Jahren 2010 bis 2013 äußert, lässt sich allein durch Änderungen auf der Steuerseite oder durch den Abbau von Standards nicht beheben. Für die deutschen Städte und Gemeinden ist es daher zwingend, dass die Entlastung der kommunalen Haushalte von Sozialausgaben zu einem zentralen Ziel der Gemeindefinanzkommission wird.

Heidelberg, 15. Juni 2010

Mainz, 15. Juni 2010

Dr. h.c. Petra Roth
Oberbürgermeisterin
der Stadt Frankfurt am Main
Präsidentin des
Deutschen Städtetages

Christian Schramm
Oberbürgermeister
der Stadt Bautzen
Präsident des
Deutschen Städte- und Gemeindebundes